

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Abnehmer:  
1. 2. Fr. Klühs.  
Verleger: Karl Schlegel 4190-4195



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin G 21, Dönhofsplatz 5  
Telefon: 6000

Die Zeitung ist im Besitz des Verlegers.  
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung veröffentlicht. Abnahme ist nur bei Zahlung der Gebühren vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Abnahme ist nur bei Zahlung der Gebühren.

Berlin, den 1. Oktober 32.

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

Der arabische Knäuel.

SPD. Haifa, Ende September (Eig. Ber.)

Arabien gehört zu den vorgeschobenen Posten, die gleichzeitig zur Deckung des englischen Besitzes auf der Grenzscheide zwischen Asien und Afrika wie zur Basis eines Angreifers dienen können. Aus diesem Grunde kann das arabische Spiel über Nacht ungeahnte Dimensionen annehmen und aus Raufereien von gekauften Nomadenstämmen zu blutigem Ernst werden, wenn nicht rechtzeitig ein starker und anhaltender Druck auf die zur Erhaltung des Weltfriedens berufenen Stellen mit genauer Dokumentierung der zur Anwendung gelangenden Schliche ausgeübt wird.

Trotz aller offiziösen Mitteilungen, dass in der gefährlichen Zone zwischen dem unabhängigen Arabien und dem unter britischen Einfluss stehenden Teil vollkommene Ruhe herrsche, sind die Gemüter der gesamten arabischen Welt darüber, was die nächste Zukunft bringen wird, so erregt wie seit langem nicht. Diese Bewegung lässt auf das Herannahen von Verwicklungen schließen, die zu Beginn der Regenzeit in der Wüste mit Flinte und Schwert zum Austrag kommen werden. In den unter englischem und französischem Einfluss stehenden Nachbarländern folgt man dem Gang der Ereignisse mit gespannter Aufmerksamkeit. Diese Aufmerksamkeit findet ihren Ausdruck in der Veröffentlichung eines aus englischer Quelle stammenden Geheimdokumentes in der syrischen Presse. Falls das durch die Beiruter "Al Nidda" ans Licht gezogene Schriftstück nicht die Fälschung eines betriebsamen politischen Schiebers darstellt, dann handelt es sich um die Aufhellung von grossangelegten und geheimnisvollen Ränken. Aus ihm geht hervor, dass sich die Absichten der englischen Politik im arabischen Osten seit dem Zusammenbruch der Türkei nicht um einen Deut geändert haben und dass sie auf eine Atomisierung der Staaten auf der arabischen Halbinsel und ihren Randgebieten mit dem Ziel ausgeht, nach indischem Vorbild in ewigen Kämpfen von Pygmäen zu jeder Zeit das entscheidende Wort sprechen zu können.

Im Zusammenhang mit dem jüngsten Aufstand Ibn Raghadas gegen Ibn Saud gewinnen diese Enthüllungen ganz besondere Bedeutung. Aus ihnen geht hervor, dass nach dem Scheitern dieses Versuchs neue und wirkungsvollere Mittel geplant sind. Eines von ihnen ist die Einberufung eines pan-arabischen Nationalkongresses, der als Aushängeschild für die britische Geheimdiplomatie bestimmt ist. Die mit den Verhältnissen gut vertraute ägyptische Presse bezeichnet ihn ganz deutlich als eine Lawrenceiade. Das zur Rechtfertigung seiner Notwendigkeit an die Londoner Downing Street gerichtete Memorandum betrachtet die jüngste Geschichte des Mittleren Ostens ganz im Geist und mit den Augen von Verschwörern und Geheimagenten. In ihm werden die Interna der arabischen Politik vor und nach dem Sturz der Herrschaft des Haschimitenhauses in Mekka, die Rolle des den intransigenten Wahabilitismus repräsentierenden Kriegsordens der Ichwan, die Verwicklungen Ibn Sauds mit dem Irak, die Tätigkeit des allmächtigen Kommandanten des transjordanischen Grenzschutzkorps, Kapitän Gloub, der auf die Nachfolge von Lawrence präbendiert, mit der deutlich erkennbaren

Abriecht dargestellt, die Tätigkeit des britischen Spionagedienstes zum Zweck ihrer Erweiterung zu rechtfertigen. Der kundige Leser entnimmt ihm ohne weiteres, dass ein armes und dünn bevölkertes Land wie Arabien einzig und allein deshalb zum Gegenstand dauernder Intriguen gemacht wird, weil es so unglücklich ist, am Schnittpunkt von grossen Heerstrassen des British Empire und im Bereich der englischen Petroleuminteressen zu liegen.

Die Macht der öffentlichen Meinung des Vordern Orients wird nicht gross genug sein, um den Zusammentritt des pan-arabischen Kongresses zu verhindern. Die Dinge sind im Gegenteil bereits soweit gediehen, dass die Parteigänger Englands sich mit Eifer für ihn rüsten, obwohl ihre Freundschaft zur englisch Schutzmacht der ganzen Sachlage nach nur höchst zweifelhafter Art sein kann. Sie dauert nur so lange als sie den unmittelbaren Interessen gewisser Cliquen förderlich ist. Das anglo-arabische Bündnis trägt wie alle unter unehrlichen Voraussetzungen geschlossenen von der Geburt an den Todeskeim in sich.

Wie in allen zweifelhaften politischen Kombinationen spielt König Faisal von Irak auch hierbei eine bedeutende Rolle. Sein Besuch in Jerusalem, wo sich zu gleicher Zeit auch Führer der syrischen Nationalaktivisten befinden, ist in Zusammenhang mit den Vorverhandlungen über den Kongress mehr als ein reiner Zufall. Zur Reife werden die Pläne Englands und seiner Gefolgsleute auch auf dieser Veranstaltung ebenso wenig kommen wie im Vorjahre auf dem Khalifatskongress in Jerusalem. Sein Einberufer, der Gross-Mufti von Jerusalem, einer der klügsten arabischen Politiker hat bisher noch keine Farbe bekannt. Dieses Zögern beweist, dass es bis zur Einberufung des Kongresses seine guten Wege hat.

Nichtsdestoweniger sind die bisher bekannt gewordenen Ereignisse ein neuer Beitrag für die Tatsache, dass die nationalarabische Bewegung im Mittleren Osten nichts weiter ist als ein Kunstprodukt. Ihr Wirken in der Gegenwart wie in der Zukunft wird deshalb stets moralisch verderblich und politisch gefährlich bleiben, wenn es nicht gelingt, edlere Mittel für die Entwirrung des arabischen Knäuels in Anwendung zu bringen.

=====

SPD. Brüssel, 1. Oktober (Eig. Drahtb)

Die deutsch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen über die Kontingentierung der belgischen Ackerbauprodukte sind am Sonnabend-Mittag zum Abschluss gekommen. Die Besprechungen führten zu einem prinzipiellen Abkommen, das nur noch durch die Regierungen zu genehmigen ist.

Nach der Zustimmung Deutschlands zu dem belgischen Kohlenkontingent boten die Unterhandlungen kaum noch Schwierigkeiten. An landwirtschaftlichen Produkten führt Belgien nach Deutschland Blumenkohl, Brüsseler Sprossen, Äpfel, Birnen, Trauben, Tomaten und Schnittblumen für jährlich 5 bis 6 Millionen Francs aus. Die beabsichtigten Einschränkungen werden der belgischen Landwirtschaft keinen wirklichen Schaden bringen. Die Kontingentierung geschieht aufgrund der Ausfuhr während des letzten Vierteljahrs 1931. Folgende Ziffern werden angenommen: für Blumenkohl und Tomaten 40 Prozent, für Trauben, Äpfel und Birnen 65 Prozent, für Speck 60 Prozent, für Butter und Käse 50 Prozent. Auf der anderen Seite wird Belgien die deutsche Holz-, Kartoffel- und Sahne-Einfuhr kontingentieren. Das Abkommen gilt für drei Monate und kann verlängert werden.

=====

SPD. Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat folgenden Antrag eingebracht: "Der Reichskommissar hat durch Verordnung vom 17.9.1932, veröffentlicht in der Preussischen Gesetzsammlung Nr. 53 vom 27.9.32, erneut einen unerhörten Eingriff in die Unfallversicherung vorgenommen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die kleineren und mittleren Landwirte sind allgemein anerkannt. Trotzdem wird durch die erwähnte Verordnung den kleinen und mittleren Landwirten, die bei Ausübung ihres Berufes ein Betriebsunfall erlitten haben, ihre Lebenslage noch weiter erheblich verschlechtert. Die Verordnung sieht vor, dass für bestimmte nicht aufgeführte Gebiete Unfallrenten für die als Unternehmer Versicherten und ihnen Gleichgestellten nicht gewährt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit durch den Unfall um weniger als  $\frac{1}{3}$  gemindert wurde. Wer also bis zu  $\frac{1}{3}$  seiner Erwerbsfähigkeit eingebüsst hat, bekommt in Zukunft keine Unfallrente mehr. Die Fraktion beantragt daher, den Reichskommissar zu ersuchen, die Verordnung über Unfallrenten in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung vom 17.9.1932 sofort wieder aufzuheben."

-----

SPD. Stuttgart, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Eine besonders feine Nummer aus dem Kreise der "aufbauwilligen Kräfte" ist der 29jährige SS-Mann Albert Frank aus Möhringen bei Stuttgart. In der Nacht vom 17. zum 18. Juli habe er nach ausgiebigem Trunk den idealen Zielen seiner Partei durch Herunterreißen einer Reichsfahne gehuldigt, die anlässlich eines Gau-urnfestes auf dem Kirchplatz in Möhringen aufgezogen war. Als einige Zeit später der Leiter der Eisernen Front in Möhringen auf seinem Fahrrad an ihm vorbei nach Hause fuhr, sprang Frank ihm mit einem Walzenrevolver nach und drückte viermal auf ihn ab, glücklicherweise ohne zu treffen. Dann schrie er noch: "Pass auf, dich schlag ich noch tot!" Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe, wobei es jedoch aussprach, dass die Tat des Angeklagten hart an versuchten Totschlag grenze.

-----

SPD. Hannover, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Die Grosse Strafkammer Hannover hatte sich mit einer schweren Bluttat zu beschäftigen, die an einem Setzerlehrling begangen worden war. Angeklagt war der Nationalsozialist Franz Adler. Er hatte mit anderen SA-Leuten am Abend vor dem zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl Jagden auf Republikaner veranstaltet. Als die Horde den Jungbannermann Brandes erblickten, wies der Angeklagte auf ihn und rief: "Das ist auch einer von denen." Brandes wurde nun umringt und niedergeschlagen. Mit furchtbaren Wunden musste er ins Krankenhaus überführt werden, wo er wochenlang schwer darnieder lag. Obgleich der Misshandelter mit aller Bestimmtheit den Angeklagten als den Haupttäter bezeichnete, sprach das Gericht den Nationalsozialisten frei. Staatsanwalt Steygerthal nahm sein Plädoyer zum Anlass, eine Attacke gegen das - Reichsbanner (!) zu reiten. Immerhin beantragte er doch eine Gesamtstrafe von 6 Wochen Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände.

-----

SPD. Bukarest, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Die nationalzaranistische Bauernpartei, die vor zwei Monaten an die Macht kam, scheint gegen die Polizeiwillkür, über die nach wie vor aus allen Teilen des Landes Beschwerden einlaufen, energisch Front machen zu wollen. Der Innenminister hat eine Sonderkommission ernannt, die polizeiliche Gewalttätigkeiten untersuchen und streng ahnden soll. Man wird gespannt sein dürfen,

schreibt der "Sozialismus", ob jetzt endlich die grauenvolle Prügel- und Folterwirtschaft ein Ende nimmt. In Rumänien fühlten sich die Polizeiorgane als Rechtspfleger. Der mittelalterliche Grundsatz ihres Rechtsverfahrens laute: "Du sollst den Missetäter so dünn prügeln und foltern, dass die Sonne durch ihn scheint und alles an den Tag bringt....."

-----

SPD. Weimar, 1. Oktober (Eig. Drhtb)

Die Nazis sind in letzter Zeit mit der Lüge hausieren gegangen, die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-genossenschaftlicher A.G. - vielleicht das bestündigste Unternehmen in Deutschland überhaupt - sei pleite. Nun ist der Volksfürsorge diese Sache zu dumm geworden. Sie hat einen der Hauptschreiber, den Nationalsozialisten Rabold aus Greiz, einen bekannten Wanderräuber der Nazis, beim Wickel genommen und ihn den Gerichten überliefert. Das Landgericht in Gera beschloss auf Antrag der Volksfürsorge folgendes: "Durch einstweilige Verfügung wird dem Gegner Rabold bis zur Entscheidung des Hauptstreites bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe von unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, die Behauptung aufzustellen oder zu verbreiten "die Volksfürsorge ist pleite". Der Gegner hat die Kosten der einstweiligen Verfügung zu tragen.

Gründe: "Die Antragstellerin ist durch Vorlegung des gedruckten Jahresberichts 1931 legitimiert. Sie hat behauptet, Rabold habe in einer öffentlichen Naziversammlung in Pöllwitz am 5. Juni d.J. die unwahre Behauptung aufgestellt, die Volksfürsorge sei pleite. Es bestehe die Gefahr, dass R., der als Redner der Nazi-Partei aufträte, seine Behauptung wiederhole und damit die Gesellschaft nachhaltig schädige. Ihre Angabe hat sie durch eine eidesstattliche Erklärung dreier Presseberichterstatler, die der Versammlung beigewohnt haben, glaubhaft gemacht. Ihren Vermögensbestand hat sie klargelegt. Er ergibt sich aus dem vorgelegten Bericht. Sie hat beantragt, gegen Rabold ein einstweiliges Verbot der oben ausgedrückten Richtung zu erlassen.

Thüringisches Landgericht Gera, Ferien Zivilstrafkammer."

Vor kurzem hat auch das Landgericht in Liegnitz eine einstweilige Verfügung gegen einen Naziredner erlassen, der dieselbe Behauptung wie Rabold aufgestellt hat. Es liegt also System darin. Wenn das überall geschieht, dann wird böswilligen Verleumdern ihr Handwerk bald gelegt werden.

-----

SPD. Der Kommissar des Reichskommissars für Preussen, Dr. Bracht, hat vor kurzem die Bundeszeitung der republikanischen Schutzorganisation "Das Reichsbanner" auf die Dauer von vier Wochen, und zwar bis zum 19. Oktober einschliesslich, verboten. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Bracht und dem Verlag des Bundesorgans ist das Verbot abgekürzt worden, sodass die Zeitung mit der am 8. Oktober fällt werdenden Nummer wieder erscheinen darf. Die Abkürzung erfolgte aber nur unter der Bedingung, dass in der ersten Nummer nach Wiederscheinen eine vereinbarte Erklärung veröffentlicht wird. Trotz der Abkürzung der Verbotsdauer bleibt die Begründung, die dem ursprünglichen Verbot beigegeben wurde und die erst jetzt bekannt wird, ein geradezu klassisches Dokument neupreussischer Brachialgewalt. Diese Begründung, die eine ganze Reihe von Druckspalten umfasst, richtet sich gegen den Aufsatz des Verteidigers im Ohlauer Reichsbannerprozess, Dr. Braun-Magdeburg, dessen Ausführungen das Verbot veranlasst haben. Der Beamte, der die Begründung niederschreiben musste, erkennt mehrfach die formelle Sachlichkeit der Äusserungen Brauns an, nichtsdestoweniger behauptet er, dass in dem fraglichen Aufsatz eine "Beschimpfung"

und "böswillige Verächtlichmachung im Sinne des Gesetzes" zu sehen sei. Auf die in dem Artikel gestellte rethorische Frage an den Reichskommissar: "Wollten Sie der Wahrheit dienen?", wird mit diesem schweren Geschütz geantwortet:

"Schon die Frage für sich allein kann nur beleidigend gemeint sein und muss jedenfalls auf den Leser so wirken; denn das Bestreben, der Wahrheit zu dienen, muss für eine Behörde so selbstverständlich sein, dass sie selbst nicht einmal in der Form einer rhetorischen Frage in Zweifel gezogen werden kann."

Am meisten gekränkt fühlte sich Herr Bracht durch die auch nur frageweis angedeutete Möglichkeit, er könnte parteiisch handeln: "Der gegen einen Beamten erhobene Vorwurf parteiischer und von pflichtwidrigen Motiven bestimmter Geschäftsführung ist so schwer, dass er, falls seine Richtigkeit nicht durch gewichtige Tatsachen zweifelsfrei erwiesen werden kann, ohne weiteres als ein Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung im Sinne des Gesetzes zu werten ist. Er ist die schlimmste und ihrem Inhalt nach schärfste denkbare und daher im höchsten Grade verletzende Form der Missachtung gegenüber dem betreffenden Beamten und daher mehr als jeder andere Vorwurf geeignet, ihn als mit einem sittlichen Makel behafteten und deswegen der Achtung der Volksgenossen unwürdig hinzustellen."

Herr Bracht lässt in seiner unparteiischen Unfehlbarkeit zu dem an sich ungeheuerlichen Verbot der Reichsbanner-Bundeszeitung auch noch eine Begründung liefern, die in den Archiven für die Zukunft aufbewahrt wird als ein Andenken an die Art von Pressefreiheit, die das Papen-Regiment dem Deutschland von 1932 beschert hat. Die Welt ist aber bekanntlich rund und muss sich drehen. Nach der jetzigen kommt eine andere Zeit, in der man Begründungen wie die gegen "Das Reichsbanner" nur mit ausgelassener Heiterkeit lesen wird. Heute allerdings wird das Gefühl der Heiterkeit erdrückt durch das der Scham, das einem ob solcher Rechtszustände überkommt.

SPD. Amsterdam, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Wie "Het Volk" im Zusammenhang mit dem Waffenschmuggel in Venlo mitzuteilen in der Lage ist, haben die deutschen Nationalsozialisten in Holland eine grosse Organisation aufgezogen, die auch zur näheren Umgebung des Exkaisers Beziehungen unterhält und über bedeutende Waffen- und Munitionslager bei Venlo verfügt. Die Zentrale dieser Organisation ist im Haag und steht unter Leitung des früheren deutschen Majors Diemer von Willroda in dem Haager Vorort Voorburg. Das Ziel ist, alle jugendlichen Deutschen in Holland für die Nationalsozialistische Partei zu mobilisieren. Die Oberleitung hat der deutsche Holzhändler Patzig in Amsterdam, dem ein gewisser von Goldbach als Adjutant zur Seite steht. Die technische Leitung der SA-Truppen in Holland hat Rittmeister von Cramon im Haag, der mit Doorn gute Verbindung hat. Die in Holland geformten Sturmtruppen sollen für den Fall eines Aufmarsches in Deutschland sich sofort zur Grenze begeben, wofür in Venlo, Arnhem und Nimwegen grosse Waffen- und Munitionslager bestehen, sodass die jungen Mannschaften bereits völlig ausgerüstet deutschen Boden betreten können. Der verhaftete Waffenschmuggler Schimanski stand mit den deutschen Nationalsozialisten in Holland ebenfalls in enger Verbindung und war auch kürzlich wegen Unterhandlungen im Haag.

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach der am 24. September abgeschlossenen Statistik hat die Zahl der behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen in Frankreich von 263 100 in der Vorwoche auf 259 956 abgenommen. Davon sind 189 513 männliche und 70 443 weibliche Erwerbslose. Kurzarbeiterunterstützungen wurden an 11 810 Personen ausbezahlt gegenüber 13 294 in der Vorwoche. Bemerkenswert ist der starke Zuzug ausländischer Arbeiter in der Woche vom 19. bis 24. September. Nicht weniger als 16 581 Ausländer sind in dieser Zeit eingewandert, während nur 1 106 Frankreich verlassen haben.

-----

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der neue italienische Botschafter in Paris Graf Pignatti, der den dem grossen Diplomaten Schub zum Opfer gefallenen Grafen Manzoni ersetzen soll, ist am Sonnabend-Nachmittag in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof im Name der Regierung vom Chef des Protokolls begrüsst.

-----

SPD. Genf, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Neunzehner-Komitee der ausserordentlichen Völkerbunds-Vollversammlung zur Regelung des Mandschureikonflikts hat am Sonnabend eine ergebnislose Sitzung abgehalten, die nur die völlige Entschlusslosigkeit gegenüber dem Vorgehen Japans von neuem zeigte. China hatte beantragt, die Beratung des Litton-Berichts sobald als möglich anzusetzen. Das Komitee wird die Beratung des Berichts im Völkerbundsrat abwarten und dann die Vollversammlung einberufen. Ferner hatte China beantragt, Massnahmen zu ergreifen, die Japan an der weiteren Ausnutzung der gewonnenen Zeit zu Ungunsten Chinas verhindern sollten. Hier zu begnügte sich das Komitee, sein Bedauern darüber auszusprechen, dass Japan sich nicht an der feierlich übernommenen Verpflichtung gehalten habe, die ihm verbot, irgend etwas zur Erschwerung der Lösung des Konfliktes zu tun. Diese Meinung soll China zum Trost und Japan zur Warnung mitgeteilt werden. Sie wird den japanischen Militärs bestimmt einen Mordsrespekt einflössen.

-----

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Es war zu erwarten, dass in französischen nationalistischen Kreisen die Forderung nach der Wiederbesetzung des Rheinlandes erhoben werden würde, wenn Deutschland auf seiner Forderung nach militärischer Gleichberechtigung besteht und seine Drohung wahr machen würde, sich an der Abrüstungskonferenz erst dann wieder zu beteiligen, wenn es Genugtuung erhalten hat. Das ist jetzt nach den letzten Erklärungen des Reichsaussenministers, die in selten scharfer Form weiter kritisiert werden, geschehen. Als Sprachrohr dieser Kreise dient das schwerindustrielle "Journal des Débats", das sich folgendermassen ausdrückt:

"Deutschland ist entschlossen, ein Militärgesetz in Kraft zu setzen, das vollkommen fertig ist. Es weiss sehr wohl, dass es mit diesem Vorgehen offen die Klauseln des Versailler Vertrages verletzt, aber es kehrt sich den Teufel darum. Niemand wird wagen, die einzige Handlung vorzuschlagen und noch weniger auszuführen, die Deutschland auf seinem Wege aufhalten würde. Niemand in den Regierungen wird den Mut haben zu erklären, dass die einzige Antwort, die Deutschland erteilt werden muss, die Wiederbesetzung von Mainz ist. Die ganze von Reichskanzler und Reichsaussenminister erfundene Inszenierung verfolgt nur den Zweck, gemäss der deutschen Methode die Verantwortung für das, was Deutschland beschlossen hat, auf andere abzuwälzen. Deutschland hat, bevor

es wieder eine Armee nach seiner Art aufstellt, ein Mäntelchen gesucht, dass es diesem Gewaltstreich umhängen kann. Es ist zu dem Schluss gekommen, dass es das beste sei, einen für die Alliierten unannehmbaren Plan, nämlich die Gleichberechtigung, vorzuschlagen."

-----

SPD. Die von der Reichsregierung beschlossene Frischfleischverbilligung für den bisherigen Preis von Arbeitslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen sieht eine Verbilligung von 2 Pfund frischem Rind- oder Schweinefleisch je Monat um 20 Rpf. je Pfund vor. Der erste Bezugsschein mit 3 Abschnitten für je 1 Pfund Frischfleisch wird, soweit es sich bei den Ausgabestellen (Arbeitsämtern und Fürsorgebehörden) irgend ermöglichen lässt, Mitte Oktober mit der Weisung zur Ausgabe gelangen, dass der 1. Abschnitt bis zum 12. November, die beiden übrigen Abschnitte für den ganzen Monat November Gültigkeit haben.

-----

SPD. Paris, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)  
Finanzminister Germain Martin hatte vor kurzem angekündigt, dass vier Milliarden von den zur Konvertierung kommenden 85 Milliarden Renten und Obligationen zurückgezahlt werden müssten. Wie der "Intransigeant" mitteilt, hat sich diese Ziffer in den letzten Tagen erhöht, da verschiedene Ausländer, vor allem italienische Banken, die Rückzahlung der in ihrem Besitz befindlichen Titel verlangt haben. Andererseits seien aber zahlreiche weitere Zeichnungen auf die neuen Renten erfolgt, sodass letzten Endes noch weniger als die ursprünglich angekündigten zwei Milliarden Francs zur Auszahlung kommen würden. Die genaue Ziffer des Ergebnisses der Konvertierung wird vom Finanzministerium erst in einigen Tagen bekanntgegeben.

-----

SPD. Genf, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)  
In der Europa-Kommission wurden am Sonnabend die Entschliessungen angenommen, die das Ergebnis von Stresa billigen und die Einsetzung eines Finanzkomitees für die Ausarbeitung der technischen Einzelheiten zur Errichtung des Gemeinschaftsfonds für Getreidesubventionen und Währungsanleihen an die osteuropäischen Getreideländer fordern. Auf Antrag Griechenlands, Bulgariens und der Türkei wurde ein Zusatz beschlossen, der die Prüfung der gleichen Behandlung für Tabak vorschlägt. Der Wert dieser angenommenen Entschliessungen wird ganz beträchtlich vermindert, ja das magere Ergebnis von Stresa wieder vollkommen in Frage gestellt durch eine ausdrückliche Willensäusserung der Versammlung. Darin wird festgestellt: 1) Alle Rechte dritter Staaten bleiben durch die Annahme der Resolution unberührt. Das bedeutet, dass jeder Staat seinen Meistbegünstigungspartner am Abschluss von Präferenzverträgen hindern kann. 2) Alle Staaten entscheiden sich endgültig erst dann, wenn praktische Vorschläge vorliegen. 3) Alle in der Aussprache geäusserten Vorbehalte werden mit der Resolution den Regierungen übermittelt.

Die Aussprache selbst zeigte wesentlich mehr Gegner als Freunde der Pläne von Stresa. England distanzierte sich vom Gemeinschaftsfonds. Belgien, Holland und die skandinavischen Staaten sprachen gegen die Subventionspolitik. Sehr scharf ging Litwinow gegen den Plan als Ganzes an, den er als einen Akt der Diskriminierung Sowjetrusslands bezeichnete. Er bezweifelte, ob der Gemeinschaftsfonds von Nutzen sein könnte im Kampf gegen die Weltkrise, da nur einige der Getreide-Exportstaaten davon einen Nutzen hätten. Sowjetrussland exportiere mehr Getreide als alle anderen europäischen Länder zusammengekommen. Es sei auch der grösste Importeur für Maschinen, und viele Fabriken

wären schon lange stillgelegt, wenn sie nicht für Russland arbeiten könnten. Dieser Import könne nur aufrechterhalten werden, wenn Russland auch weiter ausführen könne. Die Krise könne nicht durch diskriminierende Massnahmen gelöst werden. Litwinow empfahl nach dieser deutlichen Drohung wieder die Inangriffnahme seines Projekts zum Abschluss von wirtschaftlichen Nichtangriffsverträgen. Deutschland kann sich an einem Gemeinschaftsfond nicht beteiligen, es sieht im Abschluss von Präferenzverträgen den einzig möglichen Weg zur Hilfe für die osteuropäischen Getreideländer. Jedenfalls wurde auch die Entscheidung über diesen Lösungsversuch wiederum verschoben bis nach dem Bericht des Finanz-Komitees, der bis zum 15. November zur Weiterbehandlung vorliegen soll.

-----

SPD. Breslau, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Walde zwischen Grüntal und dem Kobelnicker Friedhof im Kreise Neumarkt wurde am Sonnabend-Nachmittag der Postschaffner Baum aus Stephansdorf, Kreis Neumarkt, auf seinem Dienstwege erschossen. Es wird Raubmord angenommen, da der Beamte grössere Geldbeträge bei sich trug.

-----

SPD. Athen, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Bevölkerung des von dem katastrophalen Erdbeben heimgesuchten östlichen Griechenland ist noch immer nicht zur Ruhe gekommen, da täglich neue, wenn auch leichtere Erdstösse erfolgen, deren Zentren in der Gegend von Saloniki liegen. Aus den zahlreichen dem Erdboden gleichgemachten Dörfern sind bisher über 4 000 Flüchtlinge in Saloniki eingetroffen. Die Umgegend von Saloniki gleicht einem Heerlager. In mehreren tausend Militärzelten hausen die obdachlosen Flüchtlinge, von denen sich viele vor der Unterbringung in städtischen Gebäuden gesträubt hatten, da sie noch in Erdbebenangst schweben. Die Krankenhäuser und Spitäler sind von Verwundeten überfüllt. Die meisten Verwundeten haben Beinbrüche davongetragen, da sie bei den ersten Erdstössen aus den Fenstern und den Balkonen ins Freie gesprungen sind. Ueber der Stadt Saloniki lagert eine lähmende Angst. Viele Einwohner übernachteten im Freien, in Zelten, Autos und Wagen. In den zerstörten Dörfern arbeiten ununterbrochen die Rettungskommandos, und es werden immer noch Tote und Verwundete geborgen. Das Rettungswerk ist äusserst mangelhaft organisiert, da den Behörden die Mittel fehlen. Ueber die Zahl der Erdbebenopfer liegen noch immer keine endgültigen Ziffern vor. An Toten wurden bisher 200, an Verwundeten 460 gezählt. Weiterhin sind mehrere tausend Stück Vieh umgekommen. Die Zahl der zerstörten und schwer beschädigten Häuser wird mit 4 200 angegeben.

Die Flüchtigen berichten von Schreckensszenen, die sich in der Erdbebennacht abgespielt haben. Ein Lehrer aus der Gemeinde Stratoniki, die völlig vernichtet ist und 52 Tote und über 100 Verwundete zu beklagen hat, schildert seine Erlebnisse wie folgt: In der Schreckensnacht ging ich in der Dorfstrasse spazieren; Urplötzlich erhob sich trotz des klaren Himmels ein heulender Sturm begleitet von einem furchtbaren unterirdischen Getöse. Wenige Sekunden später fühlte ich den Boden unter meinen Füßen schwanken und in hohen Wellen rollen. Rechts und links krachten die Häuser zusammen. Eine riesige Staubwolke, von der Wirbelwind hochgepeitscht, verdunkelte den Himmel. Furchtbare Schreie und Hilfrufe durchrissen die Nacht von den unter den Häusertrümmern lebendig Begrabenen. Alles stürzte in wilder Panik aufs freie Feld. Niemand dachte im ersten Moment an eine Rettung der unter den Trümmern begrabenen Einwohner. Viele Bauern glaubten den Weltuntergang gekommen. Aus den öffentlichen Brunnen war das Wasser nach dem Erdstoss in meterbreiten Säulen hervorgeschossen. Erst nach über einer Stunde, als die Zuckungen der Erde aufgehört hatten, wagte man sich in die Trümmer zurück, aus denen verzweifelte Hilferufe der Begrabenen hervorbrachen. Am Morgen trafen Hilfskolonnen und Aerzte aus der Bezirksstadt ein.

-----

# Aus aller Welt

1000 Züge suchen Anschluss.

Hinter den Kulissen des Fahrplanwechsels - Die Werkstatt des Kursbuchs.

SPD. Am 2. Oktober trat der Winterfahrplan der Reichsbahn in Kraft. Wie ist er entstanden?

Alljährlich im Mai und Oktober geht durch den ruhelos, reibungslos laufenden Gleichtakt des deutschen Eisenbahnverkehrs ein kurzes Stücken. Es gibt einen Ruck im Räderwerk, einzelne Teile des Mechanismus werden neu geordnet, hier und dort laufen die Räder nach anderem Rhythmus: der Fahrplan wird gewechselt! Auch nach aussen hin tritt das Ereignis gebührend in Erscheinung: über Bahnhofsbuchhandlungen und Reisebüros ergießt sich die Flut der neuen Kursbücher.

Die Aufgabe, das engmaschige Eisenbahnnetz alle sechs Monate aufzulösen, seine Fäden zu zerreißen und neu zu knüpfen, erwächst der Reichsbahn aus den Veränderungen der Betriebslage und aus den Forderungen der Öffentlichkeit. Schon für die ersten Fahrplan-Entwürfe finden Besprechungen statt zwischen der Reichsbahn und den Industrie- und Handelskammern. Die Entwürfe gehen ferner den Landeseisenbahnräten zu, in denen die Handels- und Gewerkekammern, die landwirtschaftlichen Kreisvereine, die gewerkschaftlichen Organisationen aller Arbeitnehmer Sitz und Stimme haben. Die Beratungen mit diesen Körperschaften finden jährlich Ende Oktober statt, sieben Monate vor Beginn des Sommerfahrplans. Die Regierungen des Reiches und der Länder werden ebenfalls über die Fahrplanentwürfe unterrichtet und haben die Möglichkeit, Aenderungsvorschläge zu unterbreiten. Und schliesslich tritt zweimal im Jahr, im Januar und September, der Fahrplanausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages zusammen, um die Anträge aller Verkehrstreibenden festzulegen und sie der Reichsbahn zu übermitteln. Die "Stimme des Volkes" wird so zu einer unentbehrlichen Grundlage für die Bearbeitung der Fahrpläne.

Als 1848 das erste deutsche Kursbuch, der "Meilenzeiger für Deutschland" erschien, war das noch das Werk eines Einzelnen, nämlich des Herrn Geheimen Sekretärs W. Wöcker vom Kursbüro des Generalpostamts. Aber der brauchte nur 56 Eisenbahnstrecken aufzuzählen, ohne sich mit "Anschlussproblemen" quälen zu müssen. Heute gibt es ein "Netz", und dieses Netz ist erfüllt von Anschlüssen, jede Kursbuchseite enthält etwa 1500 Zahlen, und ein Stab von hohen und höchsten Beamten zerbricht sich um dieses Buches willen den Kopf.

Das Schicksal der grossen internationalen Fernverbindungen entscheidet sich auf der Europäischen Fahrplankonferenz, die alljährlich im Oktober zusammentritt. Hier werden die Auslandsverkehrsbeziehungen und die allgemein interessierenden Angelegenheiten des europäischen Personenverkehrs geregelt - hier wird untersucht, ob das Eisenbahnnetz des Kontinents fahrplanmässig den Ansprüchen des kommenden Jahres genügen wird. Auf der Konferenz versammelt sind die europäischen Eisenbahnverwaltungen, die Schlaf- und Speisewagensgesellschaft, Schiffahrts- und Luftverkehrsunternehmen und die beteiligten Regierungen. Die Ergebnisse sind beträchtlich. So wurden auf der

wären schon lange stillgelegt, wenn sie nicht für Russland arbeiten könnten. Dieser Import könne nur aufrechterhalten werden, wenn Russland auch weiter ausführen könne. Die Krise könne nicht durch diskriminierende Massnahmen gelöst werden. Litwinow empfahl nach dieser deutlichen Drohung wieder die Inangriffnahme seines Projekts zum Abschluss von wirtschaftlichen Nichtangriffsverträgen. Deutschland kann sich an einem Gemeinschaftsfond nicht beteiligen, es sieht im Abschluss von Präferenzverträgen den einzig möglichen Weg zur Hilfe für die osteuropäischen Getreideländer. Jedenfalls wurde auch die Entscheidung über diesen Lösungsversuch wiederum verschoben bis nach dem Bericht des Finanz-Komitees, der bis zum 15. November zur Weiterbehandlung vorliegen soll.

-----

SPD. Breslau, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Walde zwischen Grüntal und dem Kobelnicker Friedhof im Kreise Neumarkt wurde am Sonnabend-Nachmittag der Postschaffner Baum aus Stephansdorf, Kreis Neumarkt, auf seinem Dienstwege erschossen. Es wird Raubmord angenommen, da der Beamte grössere Geldbeträge bei sich trug.

-----

SPD. Athen, 1. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Bevölkerung des von dem katastrophalen Erdbeben heimgesuchten östlichen Griechenland ist noch immer nicht zur Ruhe gekommen, da täglich neue, wenn auch leichtere Erdstösse erfolgen, deren Zentren in der Gegend von Saloniki liegen. Aus den zahlreichen dem Erdboden gleichgemachten Dörfern sind bisher über 4 000 Flüchtlinge in Saloniki eingetroffen. Die Umgegend von Saloniki gleicht einem Heerlager. In mehreren tausend Militärzelten hausen die obdachlosen Flüchtlinge, von denen sich viele vor der Unterbringung in städtischen Gebäuden gesträubt hatten, da sie noch in Erdbebenangst schweben. Die Krankenhäuser und Spitäler sind von Verwundeten überfüllt. Die meisten Verwundeten haben Beinbrüche davongetragen, da sie bei den ersten Erdstössen aus den Fenstern und den Balkonen ins Freie gesprungen sind. Ueber der Stadt Saloniki lagert eine lähmende Angst. Viele Einwohner übernachteten im Freien, in Zelten, Autos und Wagen. In den zerstörten Dörfern arbeiten ununterbrochen die Rettungskommandos, und es werden immer noch Tote und Verwundete geborgen. Das Rettungswerk ist äusserst mangelhaft organisiert, da den Behörden die Mittel fehlen. Ueber die Zahl der Erdbebenopfer liegen noch immer keine endgültigen Ziffern vor. An Toten wurden bisher 200, an Verwundeten 460 gezählt. Weiterhin sind mehrere tausend Stück Vieh umgekommen. Die Zahl der zerstörten und schwer beschädigten Häuser wird mit 4 200 angegeben.

Die Flüchtigen berichten von Schreckensszenen, die sich in der Erdbebennacht abgespielt haben. Ein Lehrer aus der Gemeinde Stratoniki, die völlig vernichtet ist und 52 Tote und über 100 Verwundete zu beklagen hat, schildert seine Erlebnisse wie folgt: In der Schreckensnacht ging ich in der Dorfstrasse spazieren; Urplötzlich erhob sich trotz des klaren Himmels ein heulender Sturm begleitet von einem furchtbaren unterirdischen Getöse. Wenige Sekunden später fühlte ich den Boden unter meinen Füßen schwanken und in hohen Wellen rollen. Rechts und links krachten die Häuser zusammen. Eine riesige Staubwolke, von der Wirbelwind hochgepeitscht, verdunkelte den Himmel. Furchtbare Schreie und Hilferufe durchrissen die Nacht von den unter den Häusertrümmern lebendig Begrabenen. Alles stürzte in wilder Panik aufs freie Feld. Niemand dachte im ersten Moment an eine Rettung der unter den Trümmern begrabenen Einwohner. Viele Bauern glaubten den Weltuntergang gekommen. Aus den öffentlichen Brunnen war das Wasser nach dem Erdstoss in meterbreiten Säulen hervorgeschossen. Erst nach über einer Stunde, als die Zuckungen der Erde aufgehört hatten, wagte man sich in die Trümmer zurück, aus denen verzweifelte Hilferufe der Begrabenen hervor drangen. Am Morgen trafen Hilfskolonnen und Aerzte aus der Bezirksstadt ein.

-----

# **Aus aller Welt**

**1000 Züge suchen Anschluss.**

**Hinter den Kulissen des Fahrplanwechsels - Die Werkstatt des Kursbuchs.**

**SPD.** Am 2. Oktober trat der Winterfahrplan der Reichsbahn in Kraft. Wie ist er entstanden?

Alljährlich im Mai und Oktober geht durch den ruhelos, reibungslos laufenden Gleichtakt des deutschen Eisenbahnverkehrs ein kurzes Stücken. Es gibt einen Ruck im Räderwerk, einzelne Teile des Mechanismus werden neu geordnet, hier und dort laufen die Räder nach anderem Rhythmus: der Fahrplan wird gewechselt! Auch nach aussen hin tritt das Ereignis gebührend in Erscheinung: über Bahnhofsbuchhandlungen und Reisebüros ergießt sich die Flut der neuen Kursbücher.

Die Aufgabe, das engmaschige Eisenbahnnetz alle sechs Monate aufzulösen, seine Fäden zu zerreißen und neu zu knüpfen, erwächst der Reichsbahn aus den Veränderungen der Betriebslage und aus den Forderungen der Öffentlichkeit. Schon für die ersten Fahrplan-Entwürfe finden Besprechungen statt zwischen der Reichsbahn und den Industrie- und Handelskammern. Die Entwürfe gehen ferner den Landeseisenbahnräten zu, in denen die Handels- und Gewerkekammern, die landwirtschaftlichen Kreisvereine, die gewerkschaftlichen Organisationen aller Arbeitnehmer Sitz und Stimme haben. Die Beratungen mit diesen Körperschaften finden jährlich Ende Oktober statt, sieben Monate vor Beginn des Sommerfahrplans. Die Regierungen des Reiches und der Länder werden ebenfalls über die Fahrplanentwürfe unterrichtet und haben die Möglichkeit, Aenderungsvorschläge zu unterbreiten. Und schliesslich tritt zweimal im Jahr, im Januar und September, der Fahrplanausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages zusammen, um die Anträge aller Verkehrstreibenden festzulegen und sie der Reichsbahn zu übermitteln. Die "Stimme des Volkes" wird so zu einer unentbehrlichen Grundlage für die Bearbeitung der Fahrpläne.

Als 1848 das erste deutsche Kursbuch, der "Meilenzeiger für Deutschland" erschien, war das noch das Werk eines Einzelnen, nämlich des Herrn Geheimen Sekretärs W. Wöcker vom Kursbüro des Generalpostamts. Aber der brauchte nur 56 Eisenbahnstrecken aufzuzählen, ohne sich mit "Anschlussproblemen" quälen zu müssen. Heute gibt es ein "Netz", und dieses Netz ist erfüllt von Anschlüssen, jede Kursbuchseite enthält etwa 1500 Zahlen, und ein Stab von hohen und höchsten Beamten zerbricht sich um dieses Buches willen den Kopf.

Das Schicksal der grossen internationalen Fernverbindungen entscheidet sich auf der Europäischen Fahrplankonferenz, die alljährlich im Oktober zusammentritt. Hier werden die Auslandsverkehrsbeziehungen und die allgemein interessierenden Angelegenheiten des europäischen Personenverkehrs geregelt - hier wird untersucht, ob das Eisenbahnnetz des Kontinents fahrplanmässig den Ansprüchen des kommenden Jahres genügen wird. Auf der Konferenz versammelt sind die europäischen Eisenbahnverwaltungen, die Schlaf- und Speisewagengesellschaft, Schiffahrts- und Luftverkehrsunternehmen und die beteiligten Regierungen. Die Ergebnisse sind beträchtlich. So wurden auf der

vorjährigen Konferenz, die in Kopenhagen tagte, allein für 38 internationale Fernverbindungen neue Fahrpläne festgestellt.

Was die Europäische Fahrplankonferenz für den Verkehr des ganzen Erdteils, ist die Deutsche Fahrplankonferenz für den deutschen Verkehr. Ihre Aufgaben sind, beschränkt auf Deutschland, von gleicher Art wie die der Europäischen Konferenz: sie bespricht die Fahrpläne für jene Züge, die mehrere Provinzen und Landesteile durchlaufen, also für die Fernverbindungen. Sind diese festgelegt, so gehen die 29 deutschen Reichsbahndirektionen - jede für ihren Bezirk - daran, dieses Skelett mit Fleisch und Blut zu umgeben: den Fernverbindungen wird der Nah- und Anschlussverkehr angefügt.

Für jede Strecke wird ein Diagramm gezeichnet, dessen wagerechte Linien die Stunden und Minuten darstellen, während die senkrechten Linien die einzelnen Stationen des Weges markieren. In dieses Diagramm wird nun jeder Zug eingezeichnet, der diese Strecke durchläuft: D-Züge mit fetten Linien, Eilzüge mit mittelstarken, Personenzüge mit dünnen Linien usw. So entstehen die "Bildlichen Fahrpläne", aus denen die Fahrten der einzelnen Züge über die Strecke deutlich hervorgehen. Man erkennt auf den ersten Blick, wo und wann zwei Linien sich schneiden, also zwei Züge sich begegnen, - erkennt, wo und wann der Personenzug den D-Zug erreicht, der D-Zug den Güterzug überholt - und die mehr oder minder geneigte Lage, mit der die Zuglinie über das Diagramm geführt wird, zeigt deutlich die Zuggeschwindigkeit an. Und weil hier der ganze Verkehr einer Strecke so übersichtlich dargestellt ist, treten auch Fehllösungen und Störungspunkte klar hervor. Wie von selbst ergeben sich aus der Zeichnung Zeit und Ort, wo ein Zug dem andern ausweichen muss - wo mehrere Züge zu schnell aufeinanderfolgen oder zu lange auf den Anschluss warten müssen und vor allem; wie die Linien geführt werden müssen, um solche Nachteile zu vermeiden.

Diese "Bildlichen Fahrpläne" sind die Vorgänger des gedruckten Fahrplans. Wie die kleinen ABC-Schützen ihre Rechenaufgaben zunächst an der Rechenleiter "bildlich" lösen, um sie später in Zahlen niederzuschreiben, so werden auch hier die Fahrplanaufgaben bildlich gelöst, ehe sie in die Zahlenkolonnen des Kursbuchs umgewandelt werden. Die Reichsbahndirektionen schicken das Ergebnis ihrer graphischen Künste zur Genehmigung an die Hauptverwaltung. Acht Wochen vor Beginn des neuen Fahrplans erscheint der "Erste Entwurf", der noch vielfach geändert wird, vier Wochen später der "Endgültige Entwurf", in dem abermals der Rotstift wütet. Noch einmal machen zwei Berichtigungsblätter die Runde durch die Eisenbahnverwaltung und Verkehrsinteressenten. Dann liegt, drei Wochen vor Fahrplanwechsel, das "Letzte Berichtigungsblatt" vor, das nunmehr zum druckreifen Manuskript, zum Kursbuch wird.

G.B.

+ + +

Litten als Zeuge. In der Sonnabendsitzung des Berliner "Röntgenstrassen"-Gerichts (Sondergerichtskammer Tolk) wurde Rechtsanwalt Litten als Zeuge vernommen. Litten ist der Verteidiger sämtlicher Angeklagten ausser Calm. Die Vertreter der Nebenkläger, die beiden Nazianwälte Kamecke und Uhrland, hatten glaubhaft machen wollen, dass Dr. Litten als Redner in Protestversammlungen gegen die Sondergerichtsbarkeit und auch mit Hilfe direkter Aussprachen, die in dem Prozess auftretenden kommunistischen Zeugen zugunsten der kommunistischen Angeklagten beeinflusst habe. Die Nazianwälte dürften mit diesem Manöver nichts weniger versucht haben, als den kommunistischen Angeklagten auf diese Weise den Verteidiger zu nehmen. Der Versuch ist glänzend gescheitert.

Dr. Litten bekundete, dass er vor Beginn des Prozesses entsprechend seiner Pflicht als Verteidiger selbstverständlich weitgehende Ermittlungen angestellt habe. Die Zeugen, die sich bei ihm meldeten, habe er in keiner Wei-

se beeinflusst, sondern nur ermahnt, vor Gericht die reine Wahrheit zu sagen. In den Protestversammlungen gegen die Sondergerichtsbarkeit habe er nicht nur vom Falle "Röntgenstrasse", sondern von der politischen Justiz allgemein gesprochen. Er habe in seinen Reden immer darauf hingewiesen, dass die Gerichte Einrichtungen der herrschenden Klasse" seien; er habe in diesem Zusammenhang den bekannten Artikel des Oberstaatsanwalts Freiherrn von Steinäcker aus dem "Angriff" zitiert, in dem bekanntlich zweierlei Mass für kommunistische und nationalsozialistische Angeklagte gefordert wurde. Er habe hinzugefügt, dass man Herrn von Steinäcker für seine Offenheit nur dankbar sein könne. Litten meinte weiter, er habe im Anschluss daran noch von den Ausführungen des Berliner Staatsanwalts Mittelbach gesprochen, der verschiedene Behandlungen von kommunistischen und nationalsozialistischen Angeklagten zwar nicht bezüglich der Schuldfrage, aber doch bezüglich des Strafmasses forderte, da ja die Nationalsozialisten staatsverhaltend, die Kommunisten staatsverneinend wären.

Nazianwalt Uhrland fragte dann, ob Dr. Litten in seinen Versammlungen gesagt habe, dass "der Staatsanwalt und die NSDAP in einer Front" ständen. Dr. Litten erwiderte, dass er sich so primitiv selbstverständlich nicht ausgedrückt habe; er hätte vielmehr ausgeführt, "dass allerdings die Justiz und die NSDAP verschiedene Funktionen hätten zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der bürgerlichen Klasse". Als weiterhin Herr Uhrland dem Zeugen Dr. Litten unterstellen wollte, dass er den kommunistischen Zeugen nahegelegt habe, unter Umständen auch einen Meineid zu leisten, da der ja von den Gerichten nicht so scharf verfolgt werde, wurde auch dieser Verdrehung energisch entgegengetreten. Auch das Gericht machte das Spiel der Nazianwälte nicht mit. Es beschloss, Dr. Litten zu vereidigen und als Verteidiger weiter zuzulassen. Weiterverhandlung am Dienstag.

+ + +  
Staatsanwalt überfallen. Vor dem Berliner Jugendgericht Stralauerstrasse wurde am Sonnabend der Jugendstaatsanwalt Hoeltz von drei jungen Burschen niedergeschlagen; Hoeltz trug eine Gehirnerschütterung davon, ausserdem stellte der Arzt einen Bluterguss am Oberschenkel fest. Die Täter sind entkommen. Staatsanwalt Hoeltz hatte am Sonnabend in einem Prozess gegen angeklagte minderjährige Nationalsozialisten die Anklage vertreten.

+ + +  
Der ewige Krieg. In der Nähe von Putna (Rumänien) fanden mehrere Soldaten eine vermutlich noch aus dem Weltkrieg stammende Granate. Als sie das Geschoss abzumontieren versuchten, explodierte es. Drei Soldaten wurden in Stücke zerrissen, mehrere andere erlitten leichte Verletzungen.

+ + +  
Orliks Beisetzung. Im Krematorium Berlin-Wilmersdorf wurde am Sonnabend Mittag der im Alter von 64 Jahren verstorbene Maler Ernst Orlik beigesetzt. Professor Philipp Franck von der Akademie der Künste, Professor Bruno Paul von den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst und der Kunstschriftsteller Dr. Max Osborn fanden ergreifende Worte des Gedankens.

+ + +  
Freitod. Der Vizepräsident der persischen Nationalbank in Teheran, Otto Vogel, ein gebürtiger Deutscher, schied in Sofia durch Freitod aus dem Leben. Allem Anschein nach hat sich Vogel, der während seiner Funktion als Direktor der Sofioter Kreditbank die bulgarische Staatsbürgerschaft erworben hatte, in seiner Teheraner Stellung Unregelmässigkeiten zuschulden kommen lassen.



## Das soziale Sexualverbrechen.

### Der Wohlfahrtsstaat, wie er in der Mietskaserne aussieht.

SPD. Vor einiger Zeit wurde durch Zufall die Einlieferung einer ganzen Familie, Vater, Mutter, Sohn und Tochter, in die Geschlechtskrankenstation eines Berliner Krankenhauses bekannt. Die Tochter, eben 16jährig, infizierte sich auf der Strasse. Nach einiger Zeit war die ganze Familie erkrankt. Die vier Personen schliefen in einem Raum.

Der Fall beleuchtet die furchtbare Wechselbeziehung zwischen Wohnungsnot und Geschlechtsnot. Victor Noack hat nun in einem kleinen Büchlein ("Das soziale Sexualverbrechen", erschienen im Verlag von Julius Püttmann in Stuttgart), das vor allem als Kampfwort für die Jugend gedacht ist, ein reichhaltiges Aktenmaterial über diese entsetzlichste Erscheinung der Wohnungsnot zusammengetragen. Kommen wir auf den oben erwähnten Fall zurück, der, man muss es befürchten, gar nicht so allein dasteht, dann wird leider der vorläufig letzte Akt in dieser furchtbaren Tragödie vor dem Atrichter vor sich gehen. Der Strafrichter wird nach dem Paragraphen urteilen. Unsichtbar angeklagt ist aber die Wohnungspolitik unserer Tage, die Auslieferung des Wohnungsmarktes an die Profitinteressenten; zuguterletzt der Papensche Wohlfahrtsstaat. Es ist bezeichnend, dass die traurigen Bekenner zum Papenschen Wohlfahrtsstaat des öfteren darauf hinwiesen, dass die "rote Misswirtschaft" zu viel gebaut und zu viel Kapital in neuen Wohnungen investiert habe.

Wie sieht die andere Seite aus? Wir folgen hier den Noackschen Aktenberichten.

Fall I: Aus den Akten des Jugendamtes beim Berliner Bezirksamt Prenzlauer Berg (Aktenzeichen G. Ju. 42 R 43). Die Familie H., bestehend aus 12 Personen: 8 Erwachsenen, 1 Schulkind, 1 Kleinkind und 2 Säuglingen, bewohnt in der St. Strasse in Berlin Stube und Küche. Die verheiratete Tochter schläft mit Mann und Säugling auf dunlem Korridor. Eltern, 2 erwachsene Söhne, 3 erwachsene Töchter, 1 Schulkind, 1 Kleinkind und 1 Säugling schlafen in einem einzigen Zimmer. Von den drei Töchtern hat jede ein uneheliches Kind. Die 20jährige Tochter, Mutter des unehelichen Kleinkindes von 2 Jahren, ist schwachsinnig. Alimente für die Kinder werden von deren Erzeugern nicht gezahlt. An der 10jährigen Tochter wurde vor kurzem auf der Treppe des Hinterhauses ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Die Untat wurde von den Eltern gleichgültig hingenommen. Die erwachsenen Familienangehörigen sind durch das Elend völlig abgestumpft. Es ist zu befürchten, dass die ganze Familie verkommt.

Fall II: (Aktenzeichen 1 GU. Ju. J. 15131/30) Lotte J., eben 15 Jahre alt, tritt vor dem Strafrichter als Zeugin gegen ihren Vater auf. Dieser, der Arbeiter J., war ein ordentlicher Mann, glücklich verheiratet und Vater zweier Kinder. Lotte J. wird von Verwandten erzogen und kehrt ins Elternhaus zurück. Der Raum ist beschränkt. Lotte schläft zwischen Vater und Mutter in einem Bett. Hier bereitet sich die Tragödie vor. Der Vater stellt seiner Tochter nach "wie der leidenschaftlichste Liebhaber". Dann geht alles den bekannten Gang. Lotte, ein gutes Kind und gut erzogen, beginnt sittlich zu sinken. Erkrankt auch und muss sich in ärztliche Behandlung begeben. Schluss.

akt der Tragödie: die Tochter zeugt gegen den, wegen Blutschande angeklagten Vater.

Fall III: Hier ist es eine 17jährige Hilde H., die als Zeugin gegen ihren Stiefvater, den Rangierführer H. auftritt. Der Beschuldigte ist 35 Jahre alt. Er hatte eine Witwe geheiratet, die ausser der erwähnten Hilde noch einen Sohn mit in die zweite Ehe einbrachte. Die vier Menschen schliefen in einer Stube. Hilde sagt aus: Schon als sie 16 Jahre alt gewesen war, habe der Stiefvater versucht, sie gefügig zu machen. "weimal sei es ihr gelungen, ihn abzuwehren."

Fall IV: (Aktenzeichen F.4 J 672/26). Lenchen, 10 Jahre alt, tritt als Zeugin gegen den 57 Jahre alten Arbeiter N. auf, der beschuldigt ist, sich an zwei Kindern vergangen zu haben. Situation: Lenchen ist Tochter eines Bauarbeiters. Ihre Mutter arbeitet als Sortierein in einer Lumpensammlung. Lenchen hat vier Schwestern. Die älteste, 19jährig, arbeitet in einer Fabrik. Lenchen schläft mit einer, um 1 Jahr älteren Schwester zusammen in einem Bett und in derselben Stube, in der auch die ältere Schwester mit ihrem Bräutigam und deren Freund mit der zweitältesten Schwester schlafen.

Fall V: (Aktenzeichen E.3 J 934/25). E., 46 Jahre alt, wird von seiner 21jährigen Tochter Trude eines Unzuchtverbrechens bezichtigt. Trude war kaum 15 Jahre alt, als sich der Vater an sie heranmachte. Vier Personen bewohnen ein Stube und Küche. Das Bett der Eltern stand Trudens Bett gegenüber. Zum Schutz wurde ein Schrank zwischen beide Betten geschoben. Der Vater blieb bis Mittags im Bett liegen und immer, wenn Trude ihn morgens, erst nur leicht bekleidet, den Kaffee reichte, berührte er sie unter groben Scherzen. Dann muss die Mutter vier Wochen verreisen. Trude war nun allein mit dem Vater.

Das sind keine sorgfältig herausgenommenen Fälle, um etwas zu beweisen, das sind Tatsachen, die in verhältnismässig kurzer Zeit nur für einen Bezirk der Reichshauptstadt registriert worden sind. Immer wieder haben wir dieselben Merkmale: der ungenügende Raum, der zu Verbrechen führt. Angesichts dieser Zustände wagt man das Wort vom Wohlfahrtsstaat zu prägen.

Es war, wenn wir nicht irren, der alte Bodenreformer Damaschke, der einmal, lange vor dem Krieg, in Beziehung zu den unglaublichen Wohnungsverhältnissen um den Stettiner Bahnhof im Norden Berlins sagte, die kaiserliche Regierung verdient es schon, dass sie an dieser Schande zugrunde gehe. Zuguterletzt ist das kaiserliche Regime in Deutschland daran gescheitert. Die Ahnungen des alten Bodenreformers haben sich erfüllt. Ob das gegenwärtige Regime in Deutschland nicht bald Lehren daraus ziehen will? Wir haben nun das Wort vom Wohlfahrtsstaat - aber die Zustände sind grauenhafter geworden als vor dem Krieg.

SPD. In Köln ist am Sonnabend der Bankier Louis Hagen verschieden, der nicht nur in unserm Wirtschafts-, sondern auch in unserm politischen Leben eine fast einzigartige Rolle gespielt hat. Hagen stammte aus dem alten Kölner Bankhaus A. Levy am Wallrafplatz, nahm später, als er eine Katholikin heiratete, deren Namen Hagen an und trat auch zur katholischen Kirche über. Hagen war eine von den Naturen, die ihre Hände in allen Töpfen hatten. Dabei zeichnete ihn Kühnheit, man möchte fast sagen Hemmungslosigkeit in seinen wirtschaftlichen und politischen Entschlüssen aus. Er hatte jedoch ein gutes Fingerspitzengefühl für die Wirtschaftstatsachen und für die tatsächliche Entwicklung. Gewissermassen verkörperte sich in ihm vieles von der Persönlichkeit des alten Hugo Stinnes; aber Hagen war fundierter. Die Gabe, Kritik an sich selbst zu üben, hat ihn wohl manchen Rückschlag überstehen lassen, dem andere, z.B. Hugo Stinnes, zum Opfer gefallen sind bzw. gefallen wären.

Während der Besatzungszeit nach Kriegsende war er ohne Zweifel im Rhein-

landführende Persönlichkeit, deren einzelne Auswirkungen auf die grosse Politik und die Wirtschaftspolitik noch der Klärung bedürfen. Wirtschaftlich zeichnet er vor allem für die Entstehung des Konzern- und Trustkapitalismus, des sogenannten organisierten Kapitalismus in Rheinland und Westfalen verantwortlich. Von der Schaafhausenschen Bank aus, über die er Führung mit den Berliner D-Banken erhielt, leitete er die Konzentration der rheinisch-westfälischen Konzerne ein. Hier ist u.a. Köln-Rottweil zu nennen, womit er später zum I.G. Farbentrust überging, die Kombination Felten-Guilleaume mit der AEG, den Aufbau des Phönix, später die Konstruktion des Ruhrtrusts usw. Vielleicht liegt in der Konstruktion dieser gewaltigen Konzerne der wundeste Punkt im Lebenswerk des Verstorbenen. Nicht nur die Krise hat gezeigt, dass der Bogen hier überspannt worden ist. Die Probleme, die Hagen mit der industriellen Konzentration in Rheinland und Westfalen einleiten half, haben Hagen überlebt und sind bis jetzt ungelöst geblieben.

In letzter Zeit hatte sich eine engere Arbeitsgemeinschaft zwischen Hagen, der Deutschen Bank und dem Stein- und Braunkohlenindustriellen Dr. Silverberg ergeben. Silverberg wurde auch schon vor längerer Zeit von Hagen als Nachfolger bestimmt. Der Mann in dem alten Stammhaus A. Levy am Wallraffplatz wird in Zukunft nicht Hagen, sondern Silverberg heissen.

SPD. Die Reichsregierung hat am Sonnabend ihre Richtlinien für die Frischfleischverbilligung veröffentlicht und man muss schon sagen, dass die "grundsätzlich neue Staatsführung" dem deutschen Volke mit dieser Aktion abermals eine bemerkenswerte Lektion über den "Wohlfahrtsstaat" erteilt. Wir haben keine Sorge, dass sich die Betroffenen, vor allem Sozialrentner und Arbeitslose, diese Lektion für die Wahl am 6. November merken werden.

Mit dieser Frischfleischverbilligung hat die Regierung von Papen in den letzten Tagen viel agitiert. Mit dieser Aktion sollte den Viehzüchtern, also in erster Linie dem kleinen Landwirt geholfen, die Viehabsatzfrage gelöst werden, ausserdem den Arbeitslosen, den Rentnern usw. Jeder Deutsche, so wurde stolz in die Welt hinaus posaunt, sollte auf Grund der Frischfleischverbilligung im kommenden harten Winter sein Pfündchen Fleisch im Topfe haben.

Was ist davon geblieben? Nach der amtlichen Verlautbarung beginnt die Frischfleischaktion am 17. Oktober; in den Grosstädten etwas später. Hier fürchtet man - im Zeichen eines phantastischen Ueberangebots von entsprechenden Facharbeitern - bis zum genannten Termin mit den Vorarbeiten nicht fertig zu werden. Sachlich sieht die Aktion eine Verbilligung von 2 Pfund frischem Rind- bzw. Schweinefleisch um 20 Pfennig pro Pfund je Monat vor.

Wir müssen schon sagen, dass diese Frischfleischverbilligung sehr mager ausgefallen ist, nachdem die regierenden Herren auf Grund verschiedener Massnahmen das Fleisch sehr verteuert haben. Es fing an, indem man die Einfuhr von gutem und billigem Gefrierfleisch kontingentierte und später überhaupt verbot. Dann kam die berühmte Salzsteuer der Papenregierung, die erhöhte Umsatzsteuer und schliesslich die Schlachtsteuer, die das Kabinett von Papen anscheinend den Ländern vorläufig - bis die Reichsfleischsteuer kommt - zur Ausbeutung überlassen hat, und von der die Länder, unter Führung der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg, leider fleissig Gebrauch machen.

Was bedeutet die gegenwärtige Regelung? Der Sozialdemokratie war es während des Winters 1931 unter dem Regime Brüning gelungen, für jeden Arbeitslosen 1 Pfund Fleisch pro Woche um 30 Pfennig zu verbilligen. Die Regierung Papen hat Verbilligung und Menge schonungslos heruntergesetzt. Verbilligt wird in Zukunft alle 14 Tage 1 Pfund Fleisch und nur um 20 Pfennig.

Man muss bedenken, dass dieses verbilligte Fleisch wahrscheinlich das einzige Fleisch ist, das sich unsere Arbeitslosen noch leisten können.

## Wochenende fester.

(Berliner Getreidebörse vom 1. Okt.)

SPD. Am Sonnabend war die Berliner Produktenbörse recht schwach besucht. Das Angebot hielt sich in engen Grenzen, dagegen zeigte sich vermehrte Kauflust. Einestheils lagen Kaufaufträge der Mühlen in der Provinz vor, andererseits machte sich auch regeres Deckungsbedürfnis beim Handel geltend. Infolgedessen konnten die Preise sowohl für Weizen als auch für Roggen anziehen und zwar am Promptmarkt um je 1 Mark, während am Markte der Zeitgeschäfte Weizen durchschnittlich 1.-Mark, Roggen sogar 2.-Mark gewann. Die Umsatztätigkeit blieb aber ziemlich klein. Hafer hatte stetige Tendenz und erzielte gleichfalls nur kleine Umsätze bei unveränderten Preisen. Der Mehlmarkt lag vollkommen leblos. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert.

|                               | 30.9.                          | 1.10.         |
|-------------------------------|--------------------------------|---------------|
|                               | (ab märkische Station in Mark) |               |
| Weizen                        | 204 - 206                      | 205 - 207     |
| Roggen                        | 157 - 159                      | 158 - 160     |
| Braugerste                    | 174 - 184                      | 174 - 184     |
| Futter- und Industrierogerste | 167 - 173                      | 167 - 173     |
| Hafer                         | 134 - 139                      | 134 - 139     |
| Weizenmehl                    | 25,50 - 29,00                  | 25,50 - 29,00 |
| Roggenmehl                    | 20,55 - 23,00                  | 20,55 - 23,00 |
| Weizenkleie                   | 9,60 - 10,00                   | 9,60 - 10,00  |
| Roggenkleie                   | 8,40 - 8,80                    | 8,40 - 8,80   |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 215 (Vortag 216), Dezember 218½, März 222½ (221), Roggen Oktober 167 (166½), Dezember 170 (168), März 173 (171), Hafer Oktober - (141½), Dezember - (141), März - (146).

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,20 bis 1,30, Rote Kartoffeln 1,30 bis 1,50 RM. Odenwälder Blaue 1,20 bis 1,30 RM., andere Gelbfleischige 1,30 bis 1,50 RM. Fabrikkartoffeln für Stützungskäufe 9 Rpf im sonstigen Verkehr 7½ bis 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

## Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 1. Oktober. Amtliche Notierung ab Erzeugung. Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.

SPD. Die Insolvenzswelle scheint auch im Monat September weiter abgeebbt zu sein. Die Zahl der Konkurse verringerte sich von 499 im August auf 480 und die Zahl der Vergleichsverfahren von 386 auf 306.



Dämmert's?

## Zum Kampf um das Tariffrecht.

SPD. Die Präsidialregierung hält sich für eine sehr starke Regierung. Aber das Festhalten an einer unhaltbar gewordenen Position war aber nie ein Zeichen von Stärke, sondern nur von einem Mangel an Klugheit. "Sultan Eisenkopf" richtet auch in der Politik nur Schaden an, genau so wie in der Führung einer Armee. Der klügere Teil der Unternehmer ist bereits dahinter gekommen, dass die Lohnnotverordnung, so wie sie jetzt aussieht, auf die Dauer nicht zu halten ist. Die "Kölnische Zeitung", das führende rheinische Unternehmerorgan, rät der Regierung deshalb bereits zu einem Rückzug. Natürlich bemüht sich das Blatt schon seine Rückzugsempfehlung durch eine wilde Kanonade gegen die Gewerkschaften zu decken. Die "Kölnische Zeitung" schreibt:

"Das Regierungsprogramm bedarf des Einsatzes und der Mitarbeit aller, die eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage erstreben, dabei braucht eine Kritik in Einzelheiten nicht zu kurz zu kommen. Die Gewerkschaften führen sich nicht in die Verantwortung für die Massnahmen des Regierungsprogramm einbezogen; das darf für sie kein Freibrief sein, dieses Programm zu sabotieren. Vielleicht eröffnet sich noch ein Weg, diese Verantwortung und Mitarbeit einzuschalten, indem man die Bestimmungen der Mehreinstellungsverordnung über Tarifunterschreitung abdingbar macht und es Arbeitgebern und Gewerkschaften überlässt, sich in freien Verhandlungen über das anzuwendende Mass zu einigen. Sollten sich die Gewerkschaften allerdings einer solchen Verantwortlichkeit versagen, dann ist es Aufgabe der Regierung, klare Verhältnisse über die Durchführung ihrer Notverordnung zu schaffen, dann wird sie der Frage des Streikverbots, die im Kabinett bereits angeschnitten sein soll, näher treten müssen."

Mit den Gewerkschaften könnten sich die Unternehmer über die Lohnnotverordnung sehr schnell verständigen. Sie brauchen nur dafür einzutreten, dass der ganze Teil der Notverordnung, der den Eingriff in das Tariffrecht brachte, so schnell wieder verschwindet. Dieser Eingriff in das Tariffrecht ist die Wurzel des Übels. Aus ihm stammen all die Ungerechtigkeiten, Sinnlosigkeiten und Unmöglichkeiten der Lohnnotverordnung. Aber vielleicht kommen im Unternehmerlager wenigstens die Leute, die einen Gedanken zu Ende denken können, noch zur Einsicht und Einkehr. Die Widersprüche, in die die Scharfmacherpolitik das Unternehmertum verstrickt hat, sind bereits mit Händen zu greifen. So hat dieser Tage selbst ein Unternehmerblatt wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" mit schärfstem Nachdruck den Wert von Treu und Glauben im wirtschaftlichen Leben unterstrichen. Das Blatt, das lange Zeit sich als eifriger Förderer des Nationalsozialismus hervorgetan hat, beschäftigte sich - wohl im Anschluss an die Stellungnahme des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung - mit der Frage des Staatseingriffs in abgeschlossene Kredite. Es kam dabei auch auf den Hohn des nationalsozialistisch angehauchten "Tat-Kreises" auf die "Heiligkeit des Zinses" zu sprechen. Es wies diesen Hohn als "Unterstellungen und Unehrlichkeiten" zurück und betonte dann:

\*Es handelt sich für die Gegner des Zwangseingriffs in abgeschlossene Kredite nicht um die Heiligkeit des Zinses, sondern um die Sicherheit des kaufmännischen Vertrages, um Treu und Glauben im wirtschaftlichen Leben. Die Leichtfertigkeit, mit der heute vielfach für den staatlichen Schutz und für die staatliche Förderung des Vertragsbruchs bei durchaus freiwilligen und privaten Abmachungen Reklame gemacht wird, und wie sie leider schon allzu starken und gerade jetzt wieder neuen Niederschlag in der Gesetzgebung gefunden hat, ist die grösste Gefahr für den Rest von wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Zusammenhalt, den es heute in Deutschland noch gibt."

Treu und Glauben im wirtschaftlichen Leben! Leichtfertige Reklame für staatliche Förderung des Vertragsbruchs! Da sieh mal einer an! Die Gewerkschaften bekommen plötzlich Bundesgenossen in ihrem Kampf um das Tarifrrecht. Wie charakterisierte doch der bekannte Arbeitsrechtler Universitätsprofessor Dr. Königer unter Zustimmung der Gewerkschaften die Einbrüche in die Unabdingbarkeit? "Wo sollen die Parteien wirklich selbstverantwortlich Tarifverträge schliessen, wenn ohne, ja gegen ihren Willen, der Tarif durch Staats-eingriff aufgelockert werden kann?"

Natürlich an die Gewerkschaften, an deren Kampf um das Tarifrrecht, an den Kampf der Arbeiter um den Tarifvertrag, an die Bedeutung der Aufrechterhaltung von Treu und Glauben in den Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern - daran hat die "Deutsche Allgemeine Zeitung" natürlich nicht gedacht, als sie sich für die Aufrechterhaltung von Treu und Glauben im wirtschaftlichen Leben gegenüber Zwangseingriffen in abgeschlossene Kredite stark machte. Man sieht, ein gutes Gedächtnis ist immer etwas wert.

Wer die Tarife auflockert, wer das Tarifrrecht mit dieser Auflockerung untergräbt, wer Treu und Glauben in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zerstört, der muss vorsichtig sein, wenn er sich für Treu und Glauben im wirtschaftlichen Leben einsetzen will. Aber die Unvorsichtigkeit der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" hat vielleicht doch etwas Gutes. Ehrliche und konsequente Unternehmer können aus dieser Unvorsichtigkeit etwas lernen. Hoffen wir das Beste.

-----

SPD. Der Völkerbunds-ausschuss für Arbeitsbeschaffung, dessen Vorsitzender der Reichsbahndirektor Dr. Dorpmüller ist, hat eine Reihe von grossen Arbeitsprojekten zur Durchführung empfohlen. Die Arbeiterpresse hat von dieser Empfehlung nur deshalb wenig Notiz genommen, weil der Arbeiter der ewigen Hinweise auf die Notwendigkeit, Möglichkeit und Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung im nationalen wie im internationalen Masstab überdrüssig ist und endlich einmal Taten sehen möchte. Nun sind plötzlich in Rechtskreisen auch noch Beschwerden über die Empfehlung des Genfer Arbeitsbeschaffungsausschusses laut geworden. Man hat auf einmal entdeckt, dass der Ausschuss keine Arbeitsbeschaffungsprojekte empfohlen hat, die in Deutschland durchzuführen wären. Alle möglichen Länder, so jammert man, seien in der Empfehlung des Ausschusses berücksichtigt worden, so z.B. Rumänien, Oesterreich, Jugoslawien und vor allem auch Polen, nur Deutschland nicht.

Diese Beschwerden richten sich an die falsche Adresse. Wenn keine Arbeitsbeschaffungsprojekte empfohlen werden, die Deutschland zugute kommen könnten, so hat das einen sehr einfachen Grund: in Deutschland hat es die Regierung bis jetzt nicht für nötig gehalten, Arbeitsbeschaffungsprojekte dem Völkerbunds-ausschuss vorzuschlagen. Das Reichsarbeitsministerium blieb mit seinen Entwürfen allein auf weiter Flur. Im Kabinett ist man, weil früher schon das Verkehrs- und das Finanzministerium das Reichsarbeitsministerium nicht unterstützten, nie zu einem Resultat gekommen. Diese Entschlusslosigkeit ist kein Ruhmesblatt für Deutschland.

-----

SPD. Der Machtkoller der Papen-Regierung wird von Tag zu Tag herausfordernder. Auch das Reichsarbeitsministerium ist von diesem Koller ergriffen. So hat es jetzt sogar die Allgemeinverbindlichkeit eines landwirtschaftlichen Lohn tariffs abgelehnt, obwohl sie von beiden Parteien beantragt war. Es handelt sich um den Lohn tariff für Nord- und Mittelhannover. Auf den Antrag der an dem Tarif beteiligten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die Allgemeinverbindlichkeit zu erklären, kam aus dem Reichsarbeitsministerium folgender Bescheid:

"Von der Allgemeinverbindlicherklärung des Lohn tariffs habe ich zunächst abgesehen, da mir der Wochenlohn von 10,20 Mark in der Spitze für den männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu hoch erscheint, um ihn Dritten aufzulegen. Im Falle einer Aenderung des Lohnsatzes durch die Tarifvertragsparteien würde ich meine Bedenken fallen lassen."

Das Reichsarbeitsministerium hält also den genannten Lohn für zu hoch, obwohl ihn der Provinzialverband der Landarbeitgeberverbände der Provinz Hannover, dem die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Arbeitgeber im Tarifgebiet von Mittel- und Nordhannover angehört, ohne Zweifel als tragbar erachtet. Tatsächlich reicht ein Lohn von 10,20 Mark pro Woche, von dem wohl gemerkt noch die Abzüge abgehen, kaum zur Bestreitung der bescheidensten Bedürfnisse. Aber auch in rechtlicher Beziehung erscheint uns das Vorgehen des Reichsarbeitsministeriums anfechtbar. Uns ist keine Bestimmung bekannt, die das Reichsarbeitsministerium für den Fall vollständiger Uebereinstimmung zwischen den Parteien ermächtigt, als Vormund aufzutreten. Oder will es etwa die Ermächtigung dazu auch aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung herleiten? Noch ist der Artikel 165 in Kraft, wonach die Arbeiter und Angestellten dazu berufen sind, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken und wonach die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen anerkannt werden.

=====

SPD. In der Schuhindustrie ist es bis jetzt nur in Weissenfels a.d. Saale im Zusammenhang mit den Lohnkürzungsversuchen der Unternehmer auf Grund der Notverordnung zu einer Arbeitsniederlegung gekommen, von der fünf Betriebe mit zusammen rund 850 Arbeitern erfasst sind. In fast allen anderen Fällen haben die Arbeiter sehr rasch erreicht, dass die Unternehmer von ihrem Versuch, die Löhne unter Berufung auf die Notverordnung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde zu kürzen, Abstand nahmen, so in Kornwestheim (Württemberg), Frankfurt a. Main, Hartha i. Sa., Nürnberg, Berlin und anderen Orten. Auch in Weissenfels waren die Arbeiter bereit, eine Arbeitszeitverkürzung hinzunehmen, um möglichst viele Arbeitslose in den Betrieben unterzubringen. Statt jedoch diese Opferwilligkeit der Arbeiter anzuerkennen, waren die Unternehmer mit der Beschäftigungsprämie noch nicht zufrieden und verlangten auch noch eine Lohnsenkung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde bis zu 50%.

=====

SPD. Im Tarifstreit des Hamburger Verkehrsgewerbes hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu Nachverhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitschiedsspruch, der eine Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 45 Stunden und eine Lohnsenkung von 5% vorsieht, auf Montag in das Reichsarbeitsministerium geladen.

=====

SPD. Millionen von Mietern können nur noch mit Hilfe der Fürsorgebehörden die Mieten aufbringen. Hunderttausenden droht die Exmission. Von einer Senkung der Mieten, die infolge des neuen Lohnendrucks dringend nötig wäre, hört man aber nichts. Dem Hausbesitz sind durch Steuergutscheine und Reparaturzuschüsse erhebliche Zuwendungen gemacht worden. An einen entsprechenden Ausgleich durch Mietssenkungen denkt man nicht.

Sowohl vom Gesamtvorstand des Reichsbundes deutscher Mieter (Sitz Berlin) wie von dem Bund deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) wird auf diesen unmöglichen Zustand mit schärfstem Nachdruck hingewiesen. Die Mietsenkung in Neubauten, betont der Vorstand des Reichsbundes, müsse endlich wirksam gestaltet werden und zwar durch Wegfall der Zins- und Tilgungsraten für die Hauszinssteuerhypotheken, durch Senkung der Zins- und Tilgungsraten für die übrigen Hypotheken, durch steuerliche Entlastung, durch Senkung der Tarife für Wasser, Gas und Elektrizität unter Wegfall der Zähler- und Messermieten sowie durch Mietsszuschüsse ~~unabhängigen~~ öffentlichen Mitteln bei gleichzeitiger Sanierung des überschuldeten Neuhausbesitzes. Die Miete in Altbauten könne sofort ohne weiteres auf die Höhe der Friedensmiete gesenkt werden, wenn die in der gesetzlichen Miete enthaltenen überhöhten Sätze für Reparaturen und für Betriebskosten den heutigen Verhältnissen angepasst würden. In die Mietssenkung seien auch die Pachtverhältnisse für gewerbliche Räume und die Werkwohnungen einzubeziehen.

=====

SPD. Die Direktion der Niederländischen Eisenbahnen fordert einen neuen Lohnabbau für das Personal. Der Niederländische Eisenbahnverband ist, wie sein Vorstand bekannt gibt, fest entschlossen, sich gegen einen neuen Abbau, der rund 10 Prozent betragen soll, mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

=====

SPD. Die Weltarbeitslosigkeit hat sich, wie die neue Arbeitslosenstatistik des Internationalen Arbeitsamtes ergibt, in den Monaten Juli, August und September allgemein verschärft. Vor allem ist in England, Holland und Dänemark die Arbeitslosigkeit selbst während des Sommers noch auffallend gestiegen.

Die Zählungen in den verschiedenen Ländern sind sehr unterschiedlich und bleiben oft weit hinter der Wirklichkeit zurück. Sie sind daher untereinander nicht vergleichbar. Immerhin geben sie ein Bild für die Situation in jedem einzelnen Land. Für Deutschland werden gemeldet: 5 261 000 Arbeitslose im September 1932 gegenüber 5 675 000 im Juni und 4 214 765 im September 1931. Die für Deutschland angegebene jüngste Zahl ist, wie bekannt, tatsächlich viel zu niedrig, weil Deutschland infolge der Hilfsbedürftigkeitsprüfung eine riesige unsichtbare Arbeitslosigkeit hat.

Nach den Zahlen des IAA gibt es in Deutschland 28% Arbeitslose, in England 23% und in Oesterreich 21,5%. Von den Mitgliedern der freiwilligen Arbeitslosenversicherung sind in Belgien 40,5% arbeitslos, 32% in Holland und 30% in Dänemark. In Amerika ist der Prozentsatz der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder in den letzten drei Monaten von 31 auf 34% gestiegen gegenüber 26% im August 1931.

=====